

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Vorzahlung 1,80 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kop. Alle Verordnungen, Verfügungen und amtliche Bekanntmachungen werden nach Möglichkeit in diesem Blatt veröffentlicht. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Meldungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Abonnent wird ersucht, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß oder der Postweg in Konkurrenz steht, durch Fernruf oder Brief Mitteilung zu machen, um keine Unterbrechung zu erleiden. Jeder Abonnent wird ersucht, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß oder der Postweg in Konkurrenz steht, durch Fernruf oder Brief Mitteilung zu machen, um keine Unterbrechung zu erleiden.

Wilsdruffer Tageblatt, Nr. 76 — 91. Jahrgang. Telegr.-Adr.: Amtsblatt. Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 1. April 1932.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Haushaltsorgen.

Selbst Goethe hat durchaus nicht immer recht; sein Amerika, du hast es besser als unser Kontinent der alte Welt, nimmt ja in vieler Hinsicht nicht mehr. Genau so wie alle kontinental-europäischen Staaten haben auch die United States of America neben schweren wirtschaftlichen und sozialen Sorgen auch noch die vielleicht allergrößte, nämlich die Aufgabe zu lösen: Wie tilgen wir den gewaltigen Fehlbetrag im Staatshaushalt? Woran sich auch gleich noch die zweite Aufgabe schließt: Wie halten wir in dem kommenden Haushaltsjahr die Ausgaben mit den Einnahmen im Gleichgewicht? Um übrigens auch noch auf die dritte, die „Oberfrage“ hinzuweisen, die die europäischen Kontinentalstaaten — erst England, dann jüngst auch Frankreich — mit Amerika gemeinsam haben: die Notwendigkeit, das Defizit zu decken und für den kommenden Haushaltsjahr die Ausgaben mit den Einnahmen im Gleichgewicht zu bringen, also vor allem umfangreiche Steuererhöhungen zu beschließen, mußte und muß die betreffende Vollvertretung zu einer Zeit vollziehen, zu der die Wahlen in naher Aussicht stehen. Am drastischsten geschah das übrigens im September 1931 in England, wo das Parlament von der Regierung vor die präzise Aufgabe gestellt sah, für die Deckung des Fehlbetrages im Staatshaushalt zu sorgen und dann — sich auflösen zu lassen. Wie gründlich, rasch und — rücksichtslos das durchgeführt worden ist, ergibt sich aus dem Erfolg; denn der englische Finanzminister konnte vor kurzem mitteilen, daß sein Staatshaushalt keinen Fehlbetrag, vielmehr einen kleinen Überschuss aufweise. Und wenn der Finanzminister, zu dessen Amtsbefugnissen natürlich in erster Linie der Pessimismus gehört, es selbst sagt . . .

Genau so gründlich, rasch und rücksichtslos wie im englischen Parlament verfährt man — trotz diesjähriger Präsidentschaftswahlen — auch im amerikanischen Kongress. Das Defizit im Haushalt beträgt mindestens 1,25 Milliarden Dollar — über fünf Milliarden Mark — und nun werden, nach erstem Bögem und Zaudern, neue Steuern verwilligt oder Steuererhöhungen beschlossen, „auf den Kopf aller“ . . . Am irrendsten Steuerlehre vertritt sich das Repräsentantenhaus überhaupt nicht; direkte und indirekte, Einkommens-, Vermögens- und Verbrauchssteuern, Post und Telefon —, nichts ist mehr vor dem Steuererhöhungsparoxysmus der Herren Kongressmitglieder, Vergnügen und Kino, Erbschaften und jeder Warenumsatz müssen dran glauben, und sogar die Heiligen — meist allerdings sehr unheiligen — Hallen der Wallstreet, der New Yorker Börse, blieben nicht verschont; auch dort wird der Staat jetzt eine Stempelsteuer auf Börsenumsätze erheben. Fragen, welche parteipolitischen Spannungen gibt es scheinbar gar nicht mehr; bald wird ein demokratischer, bald ein republikanischer Steuerantrag angenommen, obwohl doch die oppositionellen Demokraten leicht alle Anträge zu Fall bringen können; denn sie sind im Repräsentantenhaus genau so stark, im Senat sogar noch etwas stärker als die regierende Republikanische Partei. Einen allerdings etwas jugendlich anmutenden Erfolg haben sich die Demokraten geleistet: Sie brachten einen Antrag zur Annahme, daß die jetzt um 50 Prozent erhöhte, für Briefe gebrauchteste Postmarke das Bildnis des „Schuldigen“ Präsidenten Hoover tragen solle.

Doch auch insofern stimmt das Goethewort nicht, als in England sich im vergangenen Herbst zwar nicht gleiches, aber immerhin ähnliches abspielte hatte: die Notwendigkeit, den Fehlbetrag durch Steuererhöhung auszumergen, sprengte alle parteipolitischen Grenzen, sprengte sogar die Regierungspartei selbst, da ein Teil der Arbeiterpartei die Vorlagen Macdonalds ablehnte.

Das nun das Amerikanische Repräsentantenhaus in Kraft und Energie zusammengebaut hat, wird sofort der Prüfung durch den Senat unterworfen. In Frankreich haben beide Kammern noch unmittelbar vor Vorentscheid die Erledigung und Ausbalancierung des Staatshaushalts zustande gebracht. Theoretisch wenigstens, — aber hat heutzutage Haushaltsvoranschläge nicht überhaupt nur Theorie? Eine Theorie, in die dann die Wirklichkeit bald immer größer klaffende Loch des Einnahmenschwundes hineinreißt? So hat Tardieu ja z. B. unter den Einnahmen die 1,17 Milliarden Frank aufzuheben lassen, die Frankreich im Jahre 1932 anteilig an den deutschen Young-Plan-Versprechungen erhalten würde, wenn diese am 1. Juli nach Ablauf des Hoover-Festjahres wieder in Kraft träten. Es trifft wohl das Richtige, wenn man in Deutschland den Reichshaushaltswurf nicht in diesem Jahre überhaupt erst dann das Licht der Öffentlichkeit, wenn das alte Etatsjahr mit dem 31. März zu Ende gegangen ist. Bis zu jenem ominösen 1. Juli hilft man sich mit dem bisherigen Haushalt weiter, hofft auch, mit dem neuen Haushaltsentwurf finanziell einigermassen das Richtige getroffen zu haben und vielleicht, und mit einiger Berechtigung, ein anderes Dichterwort: „Was sind Hoffnungen, was Entwürfe!“

Der Donauplan im Kreuzfeuer.

Das Spiel Paris—London.

Politik im Flugzeugtempo.

Der französische Ministerpräsident Tardieu, Vater des gloriosen Donauplanes, wird am Sonntag nach London fahren, um dort mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald noch vor der beabsichtigten Konferenz der vier Mächte Deutschland, Frankreich, England und Italien eine Besprechung unter vier Augen zu haben. Tardieu scheint seiner Sache sehr sicher zu sein, denn der Besuch ist für eine so kurze Frist bemessen, daß er sehr gut vorbereitet sein muß. Am Sonntag nachmittags Ankunft, dann Zusammenkunft mit Macdonald, abends Festessen, am Montag vormittags Frühstück, dann wieder Besprechung unter Hinzuziehung des englischen Außenministers und Schatzkanzlers, und am Nachmittags Abfahrt nach Paris. Entweder handelt es sich bei diesem Besuch um die Setzung eines Schlüsselpunktes unter bereits erfolgte Abmachungen, oder um eine politische Geste Tardiens, die der Welt die innige Verbundenheit Frankreichs und Englands zeigen soll, die man in der diplomatischen Sprache der Vorkriegszeit mit „contente cordiale“ bezeichnete, einem Wort, das für Deutschlands Ohren keinen guten Klang hat. Wie es heißt, soll nicht nur die Donaufrage in Lond behandelt werden, sondern auch die Reparationsfrage, als Vorbereitung für die Lausanner Konferenz, und finanzielle Fragen. Zu dem letzten Programmpunkt ist die Nachricht interessant, daß die Bank von Frankreich angefallen hat, von ihrem New Yorker Dollar Guthaben, das sich immer noch auf etwa 750 Millionen Dollar beläuft, Abzüge vorzunehmen. Es ist möglich, daß diese Abzüge in naher Zukunft wieder größeren Umfang annehmen werden. Überraschend ist, daß die Bank von Frankreich die Dollar nicht etwa in Franc, sondern in englische Pfunde umwandelt. Offenbar sind also die französischen Finanzleute der Ansicht, daß das englische Pfund eine bessere Anlage sei als der Franc. Man darf jedoch nicht vergessen, daß sich dadurch gleichzeitig die französische Angriffsfront gegen das Pfund vergrößert.

Wieder setzt also hier das französische Spiel mit der goldenen Kugel ein, das den politischen Forderungen Frankreichs den nötigen Nachdruck geben soll. Wird Macdonald fest bleiben und fest bleiben können? Die englische Öffentlichkeit zeigt im allgemeinen eine maßvolle und läbliche Haltung gegenüber dem französischen Besuch. Es wäre Pflicht des englischen Premiers, dieselbe Zurückhaltung dem etwas aufdringlichen Besuch gegenüber zu zeigen und keine Bindungen einzugehen, ehe nicht die beiden anderen Hauptinteressenten, Deutschland und Italien, auch gesprochen haben und gehört worden sind. Solche Vorlesungen erinnern peinlich an die „Geheimdiplomatie“ der Vorkriegszeit, die doch gerade durch das jetzt so sehr beliebte System der Konferenzen befeitigt werden sollte.

Wenn in Frankreich von einer „Nervosität“ Deutschlands der Besprechung Tardieu-Macdonald gegenüber gesprochen wird, so kann man das nicht recht verstehen. Im Gegenteil, man muß sich über die Ruhe und den Gleichmut wundern, mit dem die leitenden deutschen Staatsmänner den Vorgängen zwischen Paris und London gegenübersehen. Hoffentlich gibt es keine unliebsamen Überraschungen!

Von London nach Genf.

Die voraussichtliche Dauer der Londoner Viermächtekonferenz.

Die Viermächtekonferenz, die Mitte nächster Woche in London stattfindet, dürfte mindestens zwei Tage, aber nicht mehr als vier Tage in Anspruch nehmen, so daß die Zusammenkunft auf jeden Fall bis Ende der Woche beendet sein wird. Das wird in London im Hinblick auf die bevorstehende Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen in Genf usw. für notwendig erachtet. Die Verhandlungen sollen auf die Vertreter der vier Großmächte beschränkt bleiben, die sich, wenn irgend möglich, auf allgemeine Richtlinien einer wirtschaftlichen und vielleicht auch finanziellen Donaupolitik einigen und diese den betreffenden Donaustaaten als Unterlage für deren weitere Verhandlungen empfehlen sollen. Die englische Regierung beabsichtigt, dann an einem anderen Platze — mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es Genf sein — eine neue Konferenz der Großmächte und der Donaustaaten zustande zu bringen, die voraussichtlich Mitte April stattfinden dürfte.

Der deutsche Vorkonferenz in London hat während der letzten Tage dauernd mit dem Foreign Office in Fühlung gestanden und ist laufend über die Verhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien unterrichtet worden.

Umfassende Vorbereitungen Tardiens für London.

Wie in Pariser politischen Kreisen erklärt wird, dürfte in London mindestens ebensoviel von der Kriegs-

schulden- und Tributfrage wie vom wirtschaftlichen Donauplan die Rede sein. Wie ernst die Besprechungen hier genommen werden, ergibt sich schon daraus, daß der Ministerpräsident und Außenminister Tardieu sich nicht nur von seinem Finanzminister Landin, sondern auch von einer ganzen Reihe technischer Mitarbeiter und hervorragender Finanzsachverständiger begleiten läßt. Die Arbeitsteilung zwischen den beiden französischen Ministern ist so gedacht, daß Tardieu in erster Linie die Besprechungen über das Donauplan und die Abrüstungsfrage übernimmt, während Landin die Einzelheiten für die Lausanner Tributkonferenz bespricht und vorbereitet. Schließlich soll Landin auch an der Viererkonferenz teilnehmen.

Die ernste Lage der Donaustaaten.

Völkerverbundsrat zum 12. April.

Der Generalsekretär des Völkerverbundsrates hat nach Rücksprache mit dem Präsidenten des Völkerverbundsrates den Rat zum 12. April einberufen. Der Bericht geht auf den Bericht des Finanzausschusses des Völkerverbundes zurück, in dem auf die außerordentlich ernste Finanzlage der Donaustaaten hingewiesen wird.

Londoner Konferenz Mitte nächster Woche.

Zustimmung der beteiligten Mächte.

Das Londoner Auswärtige Amt teilt amtlich mit, daß die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donauforderung interessierten Großmächte Mitte nächster Woche stattfinden werde, und zwar entweder am Mittwoch oder am Donnerstag. Der französische und der italienische Vorkonferenz, die am Donnerstag im Londoner Außenministerium vorzugesprachen, haben das Einverständnis ihrer Regierungen bereits übermittelt.

Wie zu dieser Londoner Meldung in Berlin verlautet, hat auch die Reichsregierung dem genannten Zeitpunkt zugestimmt.

Tardiens Donauplan vor dem Prager Auswärtigen Ausschuss.

Prag, 31. März. In der Aussprache über den Bericht des Außenministers Beneš im Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses stimmten am Donnerstag alle Redner der Ansicht Benešs zu, nach der sich die Tschechoslowakei ohne Zustimmung von Berlin und Rom an dem Donauplan Tardiens beteiligen könne. Der deutsche Sozialdemokrat de Witte stellte fest, daß solange zwischen den beiden größten Nationen Europas eine Kluft bestehe, jede europäische Wirtschaftsfrage unter dem Druck dieses Gegenüber unlosbar sein müsse. Der Sprecher des Bundes der Landwirte Herber erklärte, daß nur Deutschland imstande sei, den größten Teil der landwirtschaftlichen Überschüsse der fünf Donaustaaten aufzunehmen. Die tschechischen Redner behandelten die Donauforderung vornehmlich vom Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Souveränität der Tschechoslowakei. Der Redner der tschechischen sozialistischen Volkspartei betonte, daß des künftige Mitteleuropa weder eine Zollunion noch eine Donaupolitik, sondern einfach eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sein dürfe.

Der rumänische Finanzminister Argetoianu über den Tardieu-Plan.

Bukarest, 31. März. Am heutigen Donnerstag sprach Finanzminister Argetoianu zum ersten Male ausführlich in der Kammer über den Tardieu-Plan. Zunächst müßten sich die Getreide einführenden Länder einigen, bevor die Ausfuhrländer Stellung nehmen könnten. Ehe in dieser Hinsicht nicht Arbeit geschaffen sei, müsse Rumänien weiter Schweigen. Zurzeit ständen für Rumänien in erster Linie grundsätzliche Fragen im Vordergrund, die Beschaffung billiger Kredite und die Regelung der Kriegsschulden. Hier könnten nur Erleichterungen zu erwarten sein, wenn die Finanzen im Inneren in Ordnung seien. Argetoianu wandte sich dabei gegen die übertriebenen Alarmgerüchte, und bezeichnete die derzeitige Finanzlage als gut, da die für die Zahlung der Auslandsschulden erforderlichen Beträge bei der Nationalbank für alle Fälle sichergestellt seien, so daß die Zahlungen rechtzeitig in voller Höhe erfolgen würden.

60000 Obstbetriebe unter Sicherungsschutz.

Die Lage der preussischen Landwirtschaft.

Die 14. Hauptversammlung der Preussischen Hauptlandwirtschaftsversammlung fand unter Vorsitz des einstimmig wiedergewählten Präsidenten Dr. Dr. e. h. Brandes in Berlin statt. Präsident Brandes lenkte die Verhandlungen in seinem Bericht über „Die Lage der preussischen Landwirtschaft“ die katastrophale Lage der Landwirtschaft besonders im Ostgebiet, wo sich rund 60000 Betriebe unter Sicherungsschutz begeben mußten. Die rechtzeitig Warnungen und Vorschläge der Preussischen

Fördert die Ortspresse